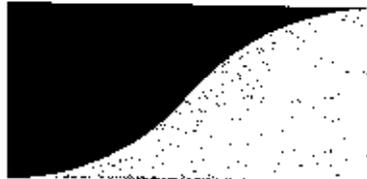


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB,
Obmann der Arbeitsgruppe
Abrüstung und Rüstungs-
kontrolle der SPD-Bundes-
tagsfraktion, kommentiert
die Genfer Nichtverbrei-
tungskonferenz: Tribunal
gegen Nuklearstaaten schaf-
fen. Seite 1

Hans-Gottfried Bernrath
MdB, Mitglied des Innenaus-
schusses des Deutschen
Bundestages, entwickelt
Gedanken zur Dienstrechts-
reform: Berufsbeamtentum
arbeitnehmerfreundlicher
ausgestalten. Seite 2

Wolf-Michael Catenhusen
MdB erhebt Vorwürfe gegen
die deutsche Botschaft in
Managua: Bonn und der
Contra-Terror. Seite 4

Dokumentation
Dr. Volker Hauff MdB for-
derte bei der Eröffnung der
Ausstellung „Frieden mit
der Natur“ in Baiersbronn
(Schwarzwald) ein radikales
Bekenntnis zur Umweltpoli-
tik. Wortlaut Seite 5

40. Jahrgang / 162

27. August 1985

Diplomatische Rücksichten nicht angebracht

Die Genfer Konferenz zur Nichtverbreitung von Atomwaffen muß
zum Tribunal gegen die Nuklearstaaten werden

Von Dr. Hermann Scheer MdB
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der
SPD-Bundestagsfraktion

Die heute beginnende 3. Überprüfungs-konferenz des Nichtverbrei-
tungsvertrages von Atomwaffen hat die politische Aufgabe, gegen-
über den Atomwaffen-Staaten der Forderung nach atomarer Abrü-
stung politischen Nachdruck zu verleihen.

Zur atomaren Abrüstung haben sich die Atom-mächte in Artikel 6 des
Nichtverbreitungsvertrages verpflichtet. Ohne diese Verpflichtung
hätte es nicht die Bereitschaft von mehr als 100 Staaten gegeben,
diesen Vertrag zu unterschreiben. Aber die Atom-mächte haben diese
Verpflichtung nicht eingehalten - im Gegenteil: sie haben weiter
atomar aufgerüstet - und damit praktisch Vertragsbruch begangen.
Schon in der 1. Überprüfungs-konferenz 1975 wurde diese Verpflich-
tung bei den Atom-mächten angemahnt. Bei der 2. Überprüfungs-kon-
ferenz 1980 war die Unge-duld der nichtatomaren Länder so groß,
daß es nicht einmal zu einem Abschlußkommunique kam.

Für die nun beginnende 3. Überprüfungs-konferenz ist es - nach allen
bisherigen Erfahrungen - gerechtfertigt, ja notwendig, daraus ein poli-
tisches Tribunal gegen die Atom-mächte zu machen, die sich ihrer ver-
traglichen Verpflichtung auf atomare Abrüstung notorisch entziehen.

Denn es muß daran erinnert werden, daß der Nichtverbreitungsver-
trag 1995 ausläuft. Im Jahre 1990 wird es bis dahin nur noch eine
weitere Überprüfungs-konferenz geben. Um das Weiterbestehen des
Nichtverbreitungsvertrages - und damit die Verhinderung der Aus-
weitung der Zahl der Atom-mächte - sicherzustellen, ist nur noch wen-
ig Zeit für die atomare Abrüstung. Diplomatische Rücksichten auf
die Atom-mächte, seien sie Verbündete oder nicht, sind in dieser Fra-
ge nicht mehr angebracht. (-/27.8.1985/rs/ks)

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Periode der Umgang
mit dem Material
Energie-Papier



- kein Streikrecht, aber auch kein Verhandlungsrecht
- Festlegung der Besoldung durch den Gesetzgeber
- das Alimentationsprinzip, also keine Bezahlung nach Leistung und Gegenleistung
- eine besondere Treuepflicht.

Mit einer Änderung dieser Rechtsprechung ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Ebenso wenig ist nach den bisherigen Erfahrungen zu erwarten, daß sich im Bundestag und Bundesrat zwei Drittel Mehrheiten zur Änderung des Grundgesetzes finden.

Alle die, die von Anbeginn gegen die „Dienstrechtsreform“ waren, insbesondere die CDU/CSU, können sich in gewisser Hinsicht bestätigt fühlen. Grund zur Zufriedenheit haben sie jedoch nicht, wie sich zunehmend zeigen wird: Zwar hat es die von ihnen bekämpften Veränderungen im öffentlichen Dienst nicht gegeben, die Probleme bestehen aber fort. Sie werden durch den von der CDU/CSU-Bundesregierung eingeschlagenen Weg, das Berufsbeamtentum zu „stärken“ und die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst zu schwächen, sogar erheblich verstärkt. Die Bundesregierung versucht, dieses Ziel nämlich zu erreichen, indem sie die Beschäftigtengruppen gegeneinander ausspielt. Dadurch nehmen die Spannungsverhältnisse innerhalb des öffentlichen Dienstes zu. Betroffen von dieser Entwicklung sind vor allem auch die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die sowohl Beamte als auch Arbeitnehmer organisiert haben, und die solche Spannungsverhältnisse ausgleichen müssen.

Die SPD wird sich weiterhin allen Versuchen der Bundesregierung, einen Keil zwischen die Beschäftigtengruppen des öffentlichen Dienstes zu treiben, entschieden widersetzen. Wir stellen die Einheitlichkeit des öffentlichen Dienstes in den Vordergrund. Das bedeutet:

- Unabhängig von Statusfragen sind gleiche Sachverhalte gleich zu regeln und die Rechte und Pflichten der Beschäftigten so weit wie möglich zu vereinheitlichen.
- Die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte sind zu erhalten und auszubauen, wir wehren uns gegen die von der Bundesregierung betriebene Zersplitterung der Arbeitnehmervertretungen.
- Die Beteiligungsrechte der Beamten bei der Gestaltung ihrer eigenen Rechtsverhältnisse sind weiter zu entwickeln.

Ansatzpunkt für die Ausweitung der Beteiligungsrechte ist Paragraph 94 Bundesbeamtengesetz. Im Rahmen dieser Vorschrift sollte meines Erachtens in viel stärkerem Maße als bisher die „Verhandlungsmaxime“ eingreifen. Um es deutlich zu sagen: Bei jedem einheitlichen Regelungsbedarf für gleiche Sachverhalte im öffentlichen Dienst (lineare Gehaltserhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsregelung und so weiter) ist der tarifvertraglichen Einigung - mit einer anschließenden Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich - der Vorzug zu geben. Unabhängig davon ist für alle Fragen des Beamtenrechts das Beteiligungsverfahren nach Paragraph 94 Bundesbeamtengesetz weiter zu verbessern.

Die Entscheidungen im Beamtenrecht müssen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beim Gesetzgeber bleiben. Mit einem verbesserten Beteiligungsverfahren kann mithin nur erreicht werden, gesetzliche Regelungen für den Gesetzgeber weitgehend „entscheidungsreif“ zu machen. Um Mißverständnissen entgegenzuwirken stelle ich in diesem Zusammenhang ausdrücklich fest, daß es dabei nicht um die Abschaffung des Berufsbeamtentums geht, sondern um eine arbeitnehmerfreundlichere Ausgestaltung des Berufsbeamtentums. Das Berufsbeamtentum ist nach Lage der Dinge ohne Alternative.

(-/27.8.1985/rs/ks)

+ + +

Bonn und der Contra-Terror

Die deutsche Botschaft in Managua vermeidet jede Reibung mit der US-Strategie gegen Nicaragua

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Die deutsche Öffentlichkeit zeigte sich nur kurz beunruhigt über die Entführung von zwei jungen Deutschen, Regine Schmemmann und Ingeborg Konrad, durch die von den USA finanzierten und angeleiteten Contras in Nicaragua. Nach ihrer Freilassung geht man schnell zur Tagesordnung über. Denn die mit Regine Schmemmann entführten Nicaraguaner Jorge Canales und Fausto Cristy sind bis heute nicht freigelassen worden, obwohl bekannt ist, daß sie in Lagern in Honduras festgehalten werden. Nach Mitteilung der freigelassenen Ingeborg Konrad zeigte sich die deutsche Botschaft in diesem Fall ausgesprochen reserviert: dem Vater von Jorge Canales wurde sogar der Zutritt zur deutschen Botschaft in Managua verweigert.

Es ist davon auszugehen, daß in den hondurensischen Lagern zahlreiche Nicaraguaner gegen ihren Willen festgehalten werden. Die Flüchtlingsorganisation der UNO ist angeblich nicht in der Lage zu helfen, obwohl sie Zugang zu Lagern in Honduras hat. Verantwortlich für diesen Zustand ist die Regierung von Honduras, die offensichtlich duldet, daß konterrevolutionäre Gruppen Lager in Honduras unterhalten, in denen sie volle Handlungsfreiheit haben und von denen aus sie ohne Behinderung durch die Behörden von Honduras ihre Vorstöße nach Nicaragua hineinbringen können.

Dies wiederum liegt an der Regierung der Vereinigten Staaten, die die Contras durch politische Freunde Ronald Reagans privat finanzieren und durch Berater des Präsidenten anleiten läßt. Die Bundesregierung hat sich bis jetzt peinlich darum bemüht, Anstrengungen zur Freilassung entführter Deutscher in Nicaragua fein säuberlich von der Situation entführter Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner zu trennen. Sie will offensichtlich nicht die amerikanische Strategie gegenüber Nicaragua stören, auch wenn diese mit Menschenrechtsverletzungen und Mißachtung der Souveränität Nicaraguas verbunden ist.

Ich habe deshalb folgende Frage an die Bundesregierung gerichtet: Welche Bemühungen hat die Bundesregierung in diesem Jahr konkret unternommen, um nicht nur die Freilassung von in Nicaragua entführten jungen Deutschen, sondern auch die Freilassung von entführten Nicaraguanern zu bewirken, und kann sie in diesem Zusammenhang bestätigen, daß dem Vater von Jorge Canales, der zusammen mit Regine Schmemmann von Contras entführt wurde und noch immer in einem Lager in Honduras festgehalten wird, der Zutritt zur deutschen Botschaft in Managua verwehrt wurde?

(-/27.8.1985/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION**Volker Hauff: Wir müssen uns radikal für die Umwelt entscheiden**

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Volker Hauff, forderte dazu auf, „uns radikal für unsere Umwelt zu entscheiden“. Bei der Eröffnung der Ausstellung „Frieden mit der Natur“ in Baiersbrunn (Schwarzwald) unterbreitete der Umwelt-Politiker zugleich Vorschläge für eine ökologische Modernisierung. Bei der Ausstellungseröffnung - gezeigt werden Umweltplakate von Klaus Staeck - waren auch der saarländische Umweltminister Jo Leinen, der baden-württembergische Fraktionsvorsitzende, Ulrich Lang, die SPD-Europa-Abgeordnete Beate Weber und der Bürgermeister von Baiersbrunn, Ernst-Ulrich Köpf, anwesend. Wir dokumentieren die Ausführungen von Volker Hauff im Wortlaut.

Wenn ich mir hier vor dem Hintergrund des sterbenden Schwarzwaldes die Bilder von Klaus Staeck anschau, fühle ich mich zweifach angesprochen: So wie alle hier Versammelten bin ich erschrocken, traurig und empört, zu sehen, wie mit dem Schwarzwald unser Lebensraum kaputtgeht und dennoch viel zu wenig geschieht, um diesem Sterben Einhalt zu gebieten.

Betroffen fühle ich mich hier aber auch in meiner Rolle als Politiker, der sich selbst kritisch fragen muß, ob er in der Vergangenheit wirklich immer zu Gunsten unserer Umwelt genug gedrängt und getan hat; der sich fragen muß, ob nicht der alten Bundesregierung angesichts vieler Widerstände gegen unsere Umweltpolitik oft zu früh der Atem ausging. Wir waren wohl oft zu mutlos, uns radikal für unsere Umwelt zu entscheiden. Heute müssen wir eingestehen: Trotz vieler guter Ansätze hat unsere Umweltpolitik mit der Zerstörung unserer Umwelt nicht schritthalten können.

Plakatkunst will durch zugespitzte Darstellungen komplizierte Sachverhalte auf kurze eingängige Botschaften reduzieren. Ich persönlich nehme die heute hier präsentierte Botschaft so wahr: Als Politiker lernen, solange noch Zeit ist.

Für mich heißt das aus zwei Fehlern der bisherigen Umweltpolitik lernen:

1. Wir haben den falschen Gegensatz zwischen Arbeit und Umwelt zu lange akzeptiert. Diese Fessel müssen wir abstreifen. Nicht Umweltschutz zerstört Arbeitsplätze, sondern es ist umgekehrt: Unterlassener Umweltschutz ist das Beschäftigungsrisiko. Arbeit und Umwelt gehören zusammen. Das hat Klaus Staeck wirklich toll herausgearbeitet.
2. Zweiter Fehler vergangener Umweltpolitik: Sie war zu wenig darauf gerichtet, Umweltschäden von vornherein zu vermeiden. Statt die Produktions- und Konsumprozesse ökologischer zu gestalten, haben wir Umweltschutz quasi hintendrangehängt. Schutz und Schonung unserer Umwelt erfordern aber eine grundlegende ökologische Modernisierung unserer gesamten Gesellschaft.

Ökologische Modernisierung betrifft alle Politikbereiche.

Beispiel Verkehrspolitik: Es geht längst nicht mehr nur um das Tempolimit sondern um eine gesamte ökologisch ausgerichtete Verkehrskonzeption. Wir brauchen Mut für Entscheidungen: im Zweifel für die Umwelt. Betreiben wir Bodenschutz oder Straßenausbau - beides geht nicht. Fördern wir in den Städten das Fahren mit dem Privatwagen oder mit dem ÖPNV - beides widerspricht sich.

Beispiel Chemiepolitik mit wichtigen Weichenstellungen: Krebserzeugende Stoffe müssen verboten werden; die Forschung nach unbedenklichen Ersatzstoffen für gesundheits- und umweltgefährdende Chemikalien muß mit Hochdruck vorangetrieben werden; auch brauchen wir Anwendungsbeschränkungen für hochgiftige und gefährliche Stoffe. Die Frage ist: Hat unsere Gesellschaft die Geduld und Stärke, den so wichtigen und hochbrisanten Bereich der Chemieproduktion ökologisch zu modernisieren? Oder verheddert sie sich weiter bei der Suche nach dem Schadstoff des Monats?

Beispiel Rechtspolitik: Werden wir den Schritt von der Verschuldungshaftung zur Gefährdungshaftung schaffen und damit der Verantwortung der Verursacher von Umweltschäden viel prägnanter gerecht werden? So wie das die Japaner gemacht haben.

Beispiel Arbeit und Umwelt: hat unsere Gesellschaft die Kraft, die notwendigen Mittel zur Beseitigung von Umweltschäden und zur Bekämpfung von Umweltgefahren über ein Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ aufzubringen? Oder läßt sie sich von billigen Parolen über Abgabeflut und Dirigismuspartei ins Boxhorn jagen, so daß für Umweltschutz immer wieder kein Geld da ist?

Dies sind nur wenige Fragen, die klar zu Gunsten unserer Umwelt beantwortet werden müssen, wenn wir es mit der Bekämpfung des Waldsterbens und der Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ernst nehmen wollen. Diese Fragen sind unbequem und tun vielen weh. Aber das ist notwendig.

Es ist das Verdienst von Klaus Staack, das Bewußtsein über die Folgen des nachlassenden Umweltengagements plastisch zu halten. Diese Plakate gehören eigentlich nicht in den Wald - sie gehören in den Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen in jede Amtsstube. Sie gehören in die Büros der Abgeordneten. Sie gehören in das Büro des Bundesinnenministers. Und sie gehören in das Büro des Bundeskanzlers. Damit ihm die Augen geöffnet werden.

(-/27.8.1985/rs/ks)

+ + +

